

# SPD



Frankfurt am Main

Die Linke  
Mitte

Kreis  
Freundes

Ausgabe 15

Januar 2012



## Der nächste Oberbürgermeister ist Sozialdemokrat! *Gemeinsam, geschlossen und mit Peter Feldmann gewinnen wir*

Liebe Genossinnen und Genossen,

Frankfurt bekommt einen neuen Oberbürgermeister. Spätestens am 25. März 2012 wird das Peter Feldmann sein. Nach der langen Amtszeit von Petra Roth wird es im Juli einen Wechsel geben. Selten gab es bessere Voraussetzungen für einen sozialdemokratischen Kandidaten. Doch wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam in den Wahlkampf ziehen und allen Bürgerinnen und Bürgern zeigen: Die SPD ist da!

Michael und Peter haben die Partei mobilisiert. Durch ihren fairen Wahlkampf haben beide viel dazu beigetragen, dass wir nun geschlossen für einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister kämpfen können.

Die Wahl am 11. März ist eine Entscheidung zwischen Peter Feldmann und Boris Rhein. Peter Feldmann ist der Kandidat, der die Interessen der Frankfurter Bürger vertritt. Boris Rhein ist Kandidat der CDU. Der „Rhein-Raus-Politiker“ hat in den letzten fünf Jahren vier verschiedene Ämter begleitet. Ständig pendelt er zwischen Frankfurt und Wiesbaden, erst Ordnungsdezernent und Wirtschaftsdezernent in Frankfurt, dann Staatssekretär im Innenministerium in Wiesbaden und schließlich Innenminister. Frankfurt ist für ihn nur eine Durchgangsstation, das hat unsere Stadt nicht verdient.

Die CDU gaukelt uns Geschlossenheit vor. Anders als Petra Roth, die bei anderen Parteien um Wählerinnen und Wähler werben konnte, hat Boris Rhein nicht mal die eigenen Stimmen sicher. Und wer soll ihm außer der FDP bei der Stichwahl zur Seite stehen?



## Inhalt

Der nächste Oberbürgermeister ist Sozialdemokrat!	Seite 1
Bau des Stadthauses verschieben	Seite 2
Unheilige Allianz für Sonntagsöffnung	Seite 2
Frankfurter Finanzen	Seite 3
Unterstützung für Kobelt-Zoo	Seite 4
Intransparenz bei der beabsichtigten Abfallgebührenerhöhung	Seite 5



Die Alternative am 11. März heißt authentisch, verwurzelt und glaubwürdig gegen einen auf

Karriere fixierten Jobhopper. Egal wie viel Geld die Union in den Wahlkampf steckt, sie wird keinen weltoffenen, sozialen Politiker aus Boris Rhein machen. Er bleibt das Kind des rechten Klüngels um Roland Koch und Volker Bouffier. Wir wollen, dass die Regierung aus CDU und GRÜNEN im Magistrat um einen sozial ausgerichteten und alle Bürger vertretenden Oberbürgermeister Peter Feldmann ergänzt wird!

Wenn es um die Zukunftschancen unserer Kinder, egal mit welchem Pass und welcher Hautfarbe geht;

Wenn es um den sozialen Ausgleich geht;

Wenn es um bezahlbare Wohnungen geht;

Wenn es um Selbstbestimmung im Alter geht;

Wenn es um die Internationalität unserer Stadt geht, gibt es nur einen glaubhaften Kandidaten: Peter Feldmann.

Gemeinsam ziehen wir in den Wahlkampf und streiten für einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Peter Oberbürgermeister wird.

## Bau des Stadthauses verschieben

von Klaus Oesterling



**Dom-Römer Bebauung: Bau des Stadthauses verschieben und Zwang zur Haushaltskonsolidierung als Chance für eine Denkpause nutzen.**

„Angesichts der finanziellen Lage der Stadt Frankfurt sollte der Bau des umstrittenen Stadthauses verschoben werden“. Dies sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling. „In seiner bis jetzt geplanten Form ist das Stadthaus architektonisch unbefriedigend. Es ist darüber hinaus in seiner

Kubatur und seinen Baugrenzen völlig unhistorisch“. Es bestehe die Gefahr, dass der Bau in seinen jetzt geplanten Ausmaßen dem Dom zu nahe rücke und die architektonische Wirkung der zu rekonstruierenden „Goldenen Waage“ beeinträchtige.

Eine Verschiebung des Baues aufgrund der Haushaltslage böte dagegen die Chance, den Bau noch einmal zu überdenken. Insbesondere stelle sich die Frage, ob nicht auf den geplanten Veranstaltungssaal verzichtet werden könne. Die vom Magistrat dafür genannte Begründung, es gehe darum „die Lücke zwischen Limpurgsaal und Kaisersaal zu schließen“, habe die SPD noch nie nachvollziehen können. Bis heute fehle eine nachvollziehbare Abschätzung der Folgekosten.

„Von daher wäre es zu begrüßen, wenn die Finanzsituation der Stadt nun zu einer Denkpause führen könnte, in der über den Bau vor einer endgültigen Entscheidung noch einmal nachgedacht werden kann“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende abschließend.

## Unheilige Allianz für Sonntagsöffnung

von Roger Podstatny

**Der Frankfurter AfA-Vorsitzende Roger Podstatny kritisiert den Umgang des Magistrats mit Sonntagsöffnungen:**



„Das Hessische Ladenöffnungsgesetz scheint für den Frankfurter CDU-Stadtrat Markus Frank nicht zu gelten. Er setzt sich darüber hinweg und genehmigt die vom City-Forum für den Frankfurter Einzelhandel beantragten Sonntagsöffnungen 2012. Gerade ein

christdemokratischer Stadtrat sollte den Sonntag mehr achten. Der Sonntagsschutz der Einzelhandelsbeschäftigten und der Einkäufer scheint den CDU-Stadtrat nicht zu interessieren.“

Ver.di Hessen erklärt in einer Pressemeldung vom 20.12.2011: „Gesetze scheinen für den CDU-Stadtrat Frank in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsdezernent nicht zu gelten, so der ver.di Gewerkschaftssekretär Klaus Grawunder, der für den Frankfurter Einzelhandel zuständig ist, denn das Hessische Ladenöffnungsgesetz lässt verkaufsoffene Sonntagsöffnung nur dann zu, wenn es einen konkreten Anlass gibt. Diese Anlässe stehen in § 6 des Hessischen Ladenöffnungsgesetz und lauten: 'Märkte, Messen, örtliche Feste oder ähnliche Veranstaltungen'. Ein „Welcome New Year 2012“, „Frühling für Frankfurt 2012“, „Stadtteilsonntag 2012“ oder „Welcome Winter 2012“ sind vom City-Forum erfundene Themen, die absolut nichts mit „Märkten, Messen, örtlichen Festen oder ähnlichen Veranstaltungen“ zu tun haben, dienen nur als Alibi für die Sonntagsöffnung und sind laut einem Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg und des Oberverwaltungsgerichtes Weimar rechtswidrig. ... Die Beschäftigten des Frankfurter Einzelhandels sollten sich dies für die nächste Kommunalwahl in Erinnerung behalten, so Grawunder weiter.“

## Frankfurter Finanzen – die Büchse der Pandora?

von Ursula Busch



**Beim städtischen Haushalt wird verzögert, verschleiert und verschwiegen. Viele sehen den Unwillen der schwarz-grünen Stadtregierung, endlich harte Fakten auf den Tisch zu legen, als Alarmzeichen.**

Die schwarz-grüne Mehrheit im Römer verschiebt seit Monaten Einbringung und Verabschiedung des städtischen Haushalts – lediglich allgemeine Sparaufrufe oder nebulöse Ankündigungen, man werde den Gürtel enger schnallen müssen, dringen an die Öffentlichkeit. Fleißig versprechen einzelne Dezernenten sowie CDU- und Grünen-Sprecher, bei „ihren“ wichtigen Projekten werde nicht gekürzt, während Stadtkämmerer Uwe Becker mit in ernste Falten gelegtem Gesicht ebenso staatstragend wie diffus „Haushaltsdisziplin“ von allen einfordert, einschließlich der Opposition. Belastbare Auskünfte über vorliegende Planungen erhalten die Stadtverordneten jedoch nicht. Fürchten die Regierenden, mit ehrlichen Angaben über die städtische Haushaltssituation die Büchse der Pandora zu öffnen, deren Deckel sie anschließend nicht mehr schließen können?

Statt die Wahrheit einfach auf den Tisch zu legen, will man sich offensichtlich über die Zeit der Oberbürgermeisterwahl retten, um erst dann über harte Fakten und Zahlen zu sprechen. Ein schlechtes Zeichen, denn wer nichts zu verheimlichen hat, muss den Termin für Haushaltseinbringung und dessen Beschluss nicht künstlich verzögern. Schon bei der Einbringung der letzten Haushalte äußerte die Opposition klare Zweifel, dass die von Schwarz-Grün den Bürgerinnen und Bürgern munter zugesagten kleinen und großen Projekte alle realisiert werden könnten. Das wurde von den Regierenden als pessimistisch und kleingeistig verlacht, der Frankfurter Bevölkerung wurde versichert, aufgrund der „klugen Finanzpolitik“ von Schwarz-Grün stehe in Frankfurt finanztechnisch alles zum Besten. Unser Fraktionsvorsitzender Klaus Oesterling hat bei Haushaltsdiskussionen immer wieder aufgezeigt, dass keine Gegenfinanzierungen für viele versprochene Ausgaben existierten. Wenn in den Stadtteilen berechnete Forderungen oder augenfällige Missstände Handeln erforderlich machten, wurden die Menschen oftmals künstlich beruhigt, indem ihre Projekte im Investitionshaushalt auftauchten oder für „Vorplanungen“ und „Planungen“ konkrete Sum-

men in den Haushalt eingestellt wurden. Nur dass die beabsichtigten Investitionen niemals konkrete Gestalt annahmen oder die Planungssummen einfach über Jahre unangetastet im Haushalt stehen blieben, das wurde den Interessierten vor Ort vorsichtshalber nicht mitgeteilt. Praktisch für Mehrheitsfraktionen und Magistrat: Die Möglichkeit, Ortsbeiräte, Opposition und interessierte Bürger mit Hinweis auf den entsprechenden Haushaltsposten abbügeln und sich gleichzeitig – aufgrund des rechnerischen Vorhandenseins der nicht abgerufenen Gelder – im falschen Licht der sparsamen Haushälter und großen Haushaltskonsolidierer sonnen zu können.

Solange unerwartete Einnahmen und günstige Konjunktur anhielten, funktionierte diese Taktik. Jetzt aber kommt es zum Schwur, einige der Versprechen müssten nun Gestalt annehmen, und Schwarz-Grün muss den Ärger der Hingehaltenen fürchten. Daher wurde der Haushalt zum unbeliebten Thema. Um die eigene Konzeptlosigkeit und Untätigkeit zu verschleiern, wird nach außen Betriebsamkeit signalisiert. Die Kämmerer arbeitet laut dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Heuser „mit Hochdruck“ am Haushalt - „Sie werden schon sehen, dass wir demnächst wieder einen hervorragenden Haushalt vorlegen werden“, versprach er der Opposition im Stadtparlament schon im Frühjahr 2011. Sollte dieser Haushalt etwa unsichtbar auf den Tisch gelegt worden sein? Bisher liegt nämlich keiner vor, nicht mal ein schlechter.

Eine weitere Taktik von Schwarz-Grün rankt sich um eine dubiose „Kommission“, die Vorschläge zum Haushalt ausarbeiten soll und von der sich die Regierenden wohl versprechen, sie könne den Stein der Weisen finden. Schlechte Nachrichten für Kämmerer Becker und Co: Namhafte Wissenschaftler haben dies seit dem Mittelalter versucht und es ist ihnen stets misslungen. Es ist zu befürchten, dass die geheimnisumwitterte „Kommission“ am Ende weder den Stein der Weisen noch einen ausgewogenen Sparhaushalt vorlegen wird. Wenn jetzt schon Magistratsmitglieder wie Bürgermeisterin Jutta Ebeling beim Neujahrs-

empfang des DGB erklären, sie seien nicht in der Kommission und sehr froh darüber, dort nichts mitentscheiden zu müssen, wirkt das nicht gerade vertrauensbildend. Zweifelhaft auch viele bisherige „Leistungen“ des Magistrats, wenn Problemlösungen gefragt gewesen wären – Desaster beim Versuch der Neuordnung der Straßenreinigungsgebühren, Tatlosigkeit beim Wegzug wichtiger Unternehmen, allgemeine Ratlosigkeit bezüglich der Rekonstruktion der Altstadt, peinliche Planlosigkeit bei der Sanierung wichtiger Brücken und Bauwerke, Hilflosigkeit angesichts auf uns zurollender Wohnungsprobleme, und, und, und ...

Der Haushalt einer Kommune, speziell einer großen und wichtigen Stadt wie Frankfurt, ist ebenso Spiegel ihrer Entwicklung wie politisches Gestaltungsinstrument. Dass die derzeitige Mehrheit im Römer die Eckdaten des Haushalts vor der Wahl nicht transparent macht und damit Angaben über die Situation in der Stadt und ihre eigenen politischen Lösungsansätze verweigert, ist kein Beitrag zu einer fundierten politischen Diskussion. Auch dieses Vorgehen dokumentiert deutlich, wie dringend Frankfurt im Römer ein politisches Gegengewicht benötigt. Bei der Oberbürgermeisterwahl gibt es die Chance, ein solches zu schaffen!

### SPD ruft zur Unterstützung für Kobelt-Zoo auf

von Arnold Weber



**Der Brand im Schwanheimer Kobelt-Zoo ist eine wahre Katastrophe, sagt der Schwanheimer Stadtverordnete Arnold Weber.**

Arnold Weber weiß, welche Bedeutung der ehrenamtlich geführte Zoo für Schwanheim und über die Stadtteilgrenzen hinaus hat. Nun geht es

darum, dass die Stadt Frankfurt den Zoo schnell und unbürokratisch unterstützt, um einen raschen Wiederaufbau zu ermöglichen.

„Dieser Zoo muss für die Stadt eine Herzensangelegenheit sein, unbürokratisch und schnell, sollte die Stadt handeln, so der Stadtverordnete. Arnold Weber ist sich sicher, dass sein Appell über die Parteigrenzen hinweg Unterstützung finden wird.“ Der SPD Stadtverordnete hofft aber auch darauf, dass die Versicherung des Vereins für den Schaden aufkommen wird. Der Zoo, der sich größter Beliebtheit erfreut, braucht nun unsere volle Unterstützung, deshalb ruft der Schwanheimer Stadtverordnete Arnold Weber schon jetzt die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, dem Kobelt-Zoo finanziell zu helfen:

### **Bankverbindung:**

**Kobelt-Zoo, Volksbank Griesheim e.G.  
Konto 492809, BLZ 50190400**

„Der Kobelt-Zoo ist rein ehrenamtlich organisiert und in dieser schwierigen Notlage auf die Unterstützung der Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Unterstützen auch sie den Kobelt-Zoo und geben sie ihm eine Zukunft“, so Arnold Weber abschließend.

## **Intransparenz bei der beabsichtigten Abfallgebührenerhöhung**

von Roger Podstatny

**Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer, Roger Podstatny, kritisiert das Fehlen eines Magistratsvortrags bei der Abfallgebührenerhöhung:** „Da im Umweltdezernat seit Monaten an der geplanten Erhöhung der Abfallgebühren herumgerechnet wird, ist es mehr als bedauerlich, dass die städtischen Gremien nicht vor der Veröffentlichung im Amtsblatt über die konkreten Absichten informiert wurden. Die SPD will genau prüfen, ob die Erhöhung wirklich notwendig ist. Denn nach den vielen Mieterhöhungen, die der neue

Mietspiegel ermöglicht hat, kommt jetzt auch noch eine happige Gebührenerhöhung. Die Belastbarkeit der Menschen mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen ist längst erreicht.

Fertiggestellt ist der Magistratsvortrag augenscheinlich bereits, sonst wäre die Veröffentlichung der erhöhten Gebührensätze im Amtsblatt nicht möglich gewesen. Es ist sehr unfreundlich, wie das Umweltdezernat offensichtlich absichtsvoll die Beratungszeit für ehrenamtliche arbeitende Stadtverordnete verkürzen will. Ob dies mit der bevorstehenden Wahl zusammenhängt? Die SPD sieht eine wiederkehrende Taktik der Intransparenz im Umweltdezernat. Beispiele: Fakten zu Abfallgebührenerhöhung werden zurückgehalten, die geheime Vermietung des ehemaligen Griesheimer Wasserwerkes wird versucht, Planungen zum Braunkohlekraftwerk in Fechenheim werden bis nach der Kommunalwahl geheim gehalten. Man fragt sich schon, was Stadtverordneten noch alles verheimlicht wird. Wir fordern die designierte Nachfolgerin der Umweltdezernentin auf, Frau Rottmanns Stil im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, wie mit Stadtverordneten, darf kein Beispiel für Sie sein!“

### Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:  
Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung



Hauptredner Klaus Oesterling beim gut besuchten Neujahrsempfang der SPD Sossenheim am 8. Januar 2012 im Volkshaus Sossenheim.

Klaus Oesterling, Gregor Amann, Frau Bollin-Flade, und Herr Flade beim Neujahrsempfang der SPD Sossenheim



**Unser nächstes Treffen ist**

**am Mittwoch, 11. Januar 2012 – nach der Fraktionssitzung  
um ca. 20:00 Uhr im Fraktionssitzungssaal,  
Römer, Haus Silberberg, 60311 Frankfurt**

Wir sind ein offener Kreis, deshalb sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei unseren Treffen herzlich willkommen. Diese Einladung kann gerne weitergegeben werden.